



## Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Staatspolitische Kommission  
des Nationalrats  
3003 Bern

### **Änderung des Bundespersonalgesetzes unter dem Titel «Angemessene Bezüge und Stopp der Lohnexzesse bei den Bundes- und bundesnahen Unternehmen»; Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 5. November 2019 hat das Sekretariat der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats das Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf zu einer Änderung des Bundespersonalgesetzes (BPG; SR 172.220.1) unter dem Titel «Angemessene Bezüge und Stopp der Lohnexzesse bei den Bundes- und bundesnahen Unternehmungen» eröffnet und die Kantone zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken für diese Möglichkeit.

Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass die Festlegung der Entschädigung von Topkadern, die bei Bundes- oder bundesnahen Unternehmen angestellt sind, alleinige Sache des Bunds ist. Er verzichtet daher auf eine Stellungnahme.

Wir danken Ihnen nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 6. März 2020



Im Namen des Regierungsrats  
Der Landammann      Der Kanzleidirektor

Roger Nager

Roman Balli